

Terror und Öffentlichkeit

Auf rechtsextreme und islamistische Anschläge wird unterschiedlich reagiert

Wer Terroranschläge verübt, will Angst schüren, die öffentliche Meinung beeinflussen und das politische System destabilisieren. Nicht die Taten alleine haben diese Wirkung, einen wichtigen Beitrag dazu leisten die medialen und politischen Reaktionen und Bewertungen in der Öffentlichkeit. Medienanalysen zeigen, dass hier unterschiedliche Muster greifen – je nachdem, ob die Gewalt von rechtsextremistischer oder islamistischer Seite ausging.

Teresa Völker

Welche öffentlichen und politischen Reaktionen folgen auf Terroranschläge? Für Deutschland scheint diese Frage im Hinblick auf die ereignisreichen letzten Jahre und die Vielzahl an Gewalttaten mit islamistischem oder rechtsextremistischem Hintergrund eine besondere Relevanz zu haben: Im Oktober 2019 erschoss ein Rechtsextremist in Halle zwei Menschen, nachdem er erfolglos versucht hatte, in eine Synagoge einzudringen, und übertrug seine Tat live im Internet. Im Februar 2020 tötete ein Rechtsextremist in Hanau neun Menschen mit Migrationshintergrund. Im Oktober desselben Jahres kam es zu einem islamistischen Terroranschlag in Dresden, dem bald weitere in Frankreich und Österreich folgten. All diese Taten zeigen, wie radikale Ideologien in extreme Formen der Gewalt münden können. Inwiefern aber extremistische Akteur*innen ihr Ziel erreichen, Hass und Angst zu schüren und dadurch das politische System zu destabilisieren, hängt von den öffentlichen Reaktionen und der politischen Prioritätensetzung nach Anschlägen ab.

Die Ideologien, die islamistischen und rechtsextremistischen Terroranschlägen zugrunde liegen – Islamismus und Nationalismus –, hat der amerikanische Politikwissenschaftler Francis Fukuyama als „zwei Seiten derselben Medaille“ beschrieben. Islamist*innen und Rechtsextremist*innen richten sich gleichermaßen gegen die Werte und Institutionen demokratischer Systeme wie gegen Modernisierungsprozesse in westlichen Gesellschaften. Doch für die Art und Weise, wie in der deutschen Öffentlichkeit über das Sicherheitsrisiko und die Gefahr von politischer Gewalt und Terroranschlägen gesprochen wird, spielt die Ideologie des*der Täter*in eine entscheidende Rolle. Das zeigen die Ergebnisse einer empirischen Studie, die Teil des WZB-Protest-Monitorings im Rahmen des Spitzenforschungsclusters „Monitoringsystem und Transferplattform Radikalisierung (MOTRA)“ ist. In diesem Projekt werden umfangreiche Daten erhoben, um unter anderem öffentliche Debatten im Kontext von Protesten und politischer Gewalt systematisch un-

tersuchen zu können. Die Debattenanalyse basiert auf einer quantitativen relationalen Inhaltsanalyse von Printmedien in Deutschland; bei dieser Methode werden unter anderem die Themen, Akteur*innen, ihre Forderungen und Beziehungen analysiert. Der vorliegende Beitrag bezieht sich auf die Analyse der öffentlichen Debatten, die auf acht der zentralen Gewalttaten der letzten Jahre folgten, unter anderem die rechtsextremistischen Anschläge in Hanau 2020 oder Halle 2019 und die islamistischen Anschläge in Dresden und Wien 2020. Diese Analyse basiert auf über 1.500 codierten Zeitungsartikeln und 5.143 codierten Aussagen aus den Tageszeitungen „Die Welt“ und „Süddeutsche Zeitung“.

Aus vorherigen Studien wissen wir, dass öffentliche Debatten die gesellschaftliche Wahrnehmung von Bedrohung durch Gewalt und Terror beeinflussen und sich auf politische

„Öffentliche Debatten beeinflussen die gesellschaftliche Wahrnehmung von Bedrohung durch Gewalt und Terror“

Entscheidungsprozesse wie die Ausgestaltung der Sicherheitspolitik und Terrorismusbekämpfung auswirken. Daher setzt sich unsere Forschung mit der Frage auseinander, inwiefern und warum sich die öffentlichen und politischen Reaktionen nach islamistischen und rechtsextremistischen Terroranschlägen unterscheiden. Drei Ergebnisse unserer empirischen Untersuchung lassen sich hervorheben:

Erstens hat das ideologische Motiv der Tat einen Einfluss darauf, wie über das Sicherheitsrisiko und die Gefahr durch Terroranschläge gesprochen wird. Der zentrale Konflikt in den Debatten nach den Anschlägen war die Frage, wer oder was für die Terroranschläge verantwortlich ist. Nach islamistischen Anschlägen bezogen sich die Mehrheit der öffentlich geäußerten Reaktionen auf die gesamte Gruppe der Muslim*innen und nicht nur auf die radikale Minderheit der islamistisch motivierten Täter. Es wurde eine allgemeine Debatte über den Islam als Religion geführt, über die Rechte und die Legitimität der Praktiken und Symbole der Muslime und ihr Verhältnis zu westlichen Werten und Freiheiten. Ein starker Fokus lag auf



Teresa Völker arbeitet als wissenschaftliche Mitarbeiterin und Doktorandin am Zentrum für Zivilgesellschaftsforschung in einem Forschungsprojekt zu Radikalisierung und politischem Protest. teresa.voelker@wzb.eu

Foto: © WZB/David Ausserhofer, alle Rechte vorbehalten.

dem allgemeinen Gefährdungspotenzial durch Muslim*innen und auf der Frage, inwieweit der Islam ein Nährboden für Radikalisierung sein kann. Dies spiegelte sich ebenso in der öffentlichen Bewertung des Islams wider. Unsere systematischen Inhaltsanalysen zeigen, dass Themen, die im Zusammenhang mit dem Islam stehen, in öffentlichen Debatten nach den Anschlägen durchschnittlich negativer bewertet wurden als vor den Anschlägen (dafür wurden mediale Aussagen eine Woche vor mit denen zwei Wochen nach den Anschlägen verglichen).

Im Gegensatz dazu wurde nach den rechtsextremistischen Anschlägen in erster Linie über (rechts-)extremistische Strömungen und das radikale Motiv des Täters diskutiert. Obwohl diese Anschläge mehr öffentliche Aufmerksamkeit erregten und mehr mediale Berichterstattung zur Folge hatten, lag der Fokus weniger auf der gesellschaftlichen Verankerung von

„Rechtsextremistische Terrorist*innen werden gerne als einsame Wölfe dargestellt“

Rechtsextremismus. Anders als bei der Debatte um Islamismus wurden kaum allgemeine Bezüge zur Ideologie hergestellt; der Zusammenhang zwischen politischer Gewalt und der Verbreitung und Normalisierung nationalistischer Ideen, Wertvorstellungen und Traditionen fand

Am 13. November 2015 fanden an verschiedenen Stellen in Paris islamistisch motivierte Anschläge statt. Tage danach standen Menschen unter Schock – hier eine Szene vor dem Restaurant Le Carillon im 10. Arrondissement.
Foto: © Maurice Weiss/OSTKREUZ, alle Rechte vorbehalten.



wenig Beachtung. Vielmehr wurden die Taten individualisiert, indem die Terroristen als „einsame Wölfe“ dargestellt wurden. Vorherige Forschung hatte aber gezeigt, dass die normative Ambiguität des Begriffs „einsamer Wolf“ zur Verherrlichung des*der Terrorist*in beitragen kann. Darüber hinaus verzerrt diese Darstellung den tatsächlichen Radikalisierungs- und Sozialisierungsprozess, da die meisten Rechtsterrorist*innen die Tat nicht alleine geplant haben, sondern von ihren sozialen Netzwerken abhängig waren.

Zweitens zeigt die empirische Untersuchung, dass Betroffene und Opfer der Anschläge in der öffentlichen Debatte kaum zu Wort kamen. Dieses Muster zeigte sich sowohl nach islamistischen Anschlägen als auch nach rechtsextremistischen Anschlägen: In beiden Fällen stammten weniger als 5 Prozent der Aussagen von Opfern oder Betroffenen, also etwa von Angehörigen ethnischer und religiöser Minderheiten. Öffentlich sichtbare politische Eliten, wie Politiker*innen der damaligen Regierungsparteien SPD und CDU, reagierten zu einem sehr geringen Maß auf ihre Forderungen. In den seltenen Fällen, in denen politische Eliten die Opfer öffentlich

erwähnten, wurden diese nicht als Individuen hervorgehoben, sondern waren eher Bestandteil einer „anonymen Masse“. Die Initiative saytheirnames kritisierte diesen Umstand. Sie beklagte, dass die Opferperspektive nach den rechtsextremistischen Anschlägen in Hanau zu wenig Beachtung in der Öffent-

„Erst ein Jahr nach den Anschlägen von Hanau fand die Opferperspektive mehr öffentliche und politische Resonanz“

lichkeit fand, und forderte, die Opfer sollten durch Nennung ihrer Namen als Individuen wahrgenommen und öffentlich sichtbar gemacht werden. Erst ein Jahr nach den Anschlägen erfuhr die Opferperspektive stärkere öffentliche und politische Resonanz, als an verschiedenen Orten Gedenkveranstaltungen stattfanden, der Bundespräsident nach Hanau fuhr und Bundeskanzlerin Angela Merkel sich in einem Video-Podcast deutlich gegen Rassismus aussprach.

Drittens bekamen, unabhängig vom ideologischen Motiv, das der jeweiligen Tat zugrunde lag, nach jedem Anschlag rechte Gruppierungen und Parteien mehr Raum in der öffentlichen Debatte, um ihre Deutungs- und Interpretationsangebote zu verbreiten. Während nach rechtsextremistischen Anschlägen Opfer und Betroffene wie muslimische Akteur*innen das Subjekt von 1 Prozent der Aussagen waren, erlangten rechte Gruppierungen in 13 Prozent der Fälle mediale Aufmerksamkeit. Politiker*innen der AfD hatten einen großen Anteil an der politischen Debatte. Die Daten zeigen, dass nach rechtsextremistischen Anschlägen im Verhältnis zu anderen Parteien 29 Prozent der medial verbreiteten parteipolitischen Aussagen von der AfD stammten und sich 61 Prozent der Aussagen auf die AfD bezogen. Die Regierungsparteien SPD und CDU, die die höchste Sichtbarkeit in der medialen Öffentlichkeit einnehmen, verstärkten die Sichtbarkeit der AfD und anderer rechter Gruppierungen, indem sie sich auf ihre Aussagen bezogen. Beispielsweise reagierten CDU-Politiker*innen auf AfD-Politiker*innen, die die Anschläge mit Migrationspolitik verknüpften, und griffen deren Forderung auf, den generellen Abschiebestopp nach Syrien aufzuheben. Durch ihre hohe öffentliche Sichtbarkeit können Reaktionen von Regie-

rungsparteien die Resonanz und Legitimität dieser Aussagen verstärken.

Terroranschläge beeinflussen also, wie die Studie zeigt, deutlich die politische und öffentliche Bewertung des Sicherheitsrisikos und der Terrorismusbekämpfung. Dabei prägt insbesondere das ideologische Motiv der Terroranschläge die politische Interpretation und die mediale Debatte. Zudem verdeutlichen die Analysen, dass öffentliche Reaktionen von Entscheidungsträger*innen auf Terroranschläge eine zentrale Rolle für deren Auswirkungen und gesellschaftspolitischen Folgen spielen. Dass islamistische und rechtsextremistische Terrorist*innen in öffentlichen Debatten unterschiedlich behandelt werden und Opfer und Betroffene nahezu keine Aufmerksamkeit erhalten, verzerrt die öffentliche Wahrnehmung der Sicherheitsbedrohungen. Das ist von hoher politischer Relevanz. Denn die auf rechtsextreme Einzeltäter reduzierte Darstellung auf der einen und die Generalisierung der Bedrohung durch den Islamismus auf der anderen Seite kann zu unverhältnismäßigen politischen Initiativen in der Bekämpfung des Terrorismus und der Prävention gegen Radikalisierung führen. ●

Literatur

Solheim, Øyvind Bugge/Anders Ravik Jupskås: "Consensus or Conflict? A Survey Analysis of How Norwegians Interpret the July 22, 2011 Attacks a Decade Later". In: *Perspectives on Terrorism*, 2021, Jg. 15, H.3, S. 109-131.

Berntzen, Lars Erik/Bjørge Tore: „The Term ‚Lone Wolf‘ and its Alternatives“. In: *Perspectives on Terrorism*, 2021, Jg. 15, H. 3, S. 132-141.

Porta, Donatella della/Castelli Gattinara, Pietro/Eleftheriadis, Konstantinos/Felicetti, Andrea: *Discursive Turns and Critical Junctures: Debating Citizenship after the Charlie Hebdo Attacks*. New York, NY: Oxford University Press 2020.

Fukuyama, Francis: *Identity: Contemporary Identity Politics and the Struggle for Recognition*. London: Profile Books 2018.